



Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 84), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. B. BURLISON, POSTMASTER-GENERAL

Keine Annäherung zwischen Ebert u. Kapp

Ebert-Kabinettag in Stuttgart; Ebert erklärt, daß Dr. Kapp resignieren muß und Revolutions-Truppen Berlin aufgeben müssen

Stuttgarter Arbeiter verlangen Soviet-Diktatur

Frankfurt a. M., 16. März. (United Press.) Die Frankfurter Zeitung hat von beiden Fraktionen Zuschriften erhalten, wonach in Abrede gestellt wird, daß die alte und die neue Regierung Kompromißverhandlungen eingeleitet hat. Eine Depesche aus Stuttgart besagt, daß alle Meldungen über Verhandlungen zwischen Kapp und Ebert aus der Zeit gegoffen sind. Gleichzeitig sind bei diesen Zeitungen Meldungen aus Berlin eingelaufen, wonach alle Gerichte, daß ein Ausgleich zwischen Kapp und Ebert geplant sei, falsch sei.

Was man in Paris wissen will. Paris, 16. März. (United Press.) Ueber die Lage in Deutschland verlautet noch nichts Bestimmtes. Eine Züricher Depesche meldet, daß Ebert alle Annäherungsversuche seitens Kapp's abgelehnt habe. In dem französischen auswärtigen Amt aber glaubt man, daß ein Vergleich nicht ausgeschlossen ist. Der Züricher Meldung zufolge hat das Ebert-Kabinet gestern in Stuttgart eine Sitzung abgehalten, welcher der Präsident und Vizepräsident des württembergischen Parlaments beizuoheten. Nach der Sitzung gab Ebert eine Erklärung ab, in welcher er in Abrede stellt, daß eine Annäherung zwischen ihm und Kapp stattgefunden habe. Er hob ferner hervor, daß die von Kapp und Ebert eingeleiteten Verhandlungen mit Berlin von ihm nicht autorisiert waren. Er werde sich nur mit dem Kabinet Kapp's und dem Witz der Revolutionskämpfer von aus Berlin zu befassen geben. Eine Berliner Depesche, in welcher von einem Ausgleich die Rede war, traf hier gestern abend ein; eine frühere Depesche meldete, daß ein Kompromiß jedenfalls zustande kommen werde. Das auswärtige Amt sieht hierin einen Sieg der Revolution.

In französischen Beamtenkreisen glaubt man, daß Hindenburg der nächste Präsident Deutschlands werden wird, sollte Ebert eine Neuwahl anordnen; in offiziellen Kreisen hält man Hindenburgs Ernennung für sicher, sollte er als Kandidat auftreten. Man sagt sich, dieses sei auf der Grund, daß Ebert die Präsidentenwahl aufzuschieben beabsichtigt. Berliner Meldungen zufolge hat die Arbeiterverbindung in Stuttgart eine Sovietdiktatur verlangt und wird diese Frage heute allen Arbeitern zur Abstimmung unterbreiten. Auch wird gemeldet, daß in Großstädten Schächens Unruhen ausgebrochen sind und daß in Dresden Straßenkämpfe toben.

Kapp's angebl. Vorschlag. Berlin, 16. März. — Allen Anschein nach wird die Revolution im Lande verlaufen und Präsident Ebert nach Berlin zurückkehren. Wolfgang Kapp hat angekündigt, daß Verhandlungen zwischen ihm und Ebert stattgefunden haben. Er ist bereit, Ebert als Präsident der deutschen Regierung anzuerkennen, die Kabinettsmitglieder aber sind zu entlassen und die Regierungsgeschäfte sind vorläufig durch die Unterstaatssekretäre zu betreiben. Das später zu bildende Kabinet muß sich nach Angabe Kapp's aus Männern zusammensetzen, die in Regierungsgeschäften erfahren sind; Wahlen für den neuen deutschen Reichstag und den preussischen Landtag müssen innerhalb zwei Monaten abgehalten werden; diesen Wahlen müsse die Präsidentenwahl folgen. Bis dahin soll Ebert im Amt bleiben.

Vegetarisch ist jene Klausel in der von Kapp erlassenen Ankündigung, daß die neue und alte Regierung eine gemeinsame Erklärung abgeben sollen, wonach unter den obwaltenden Umständen ein allgemeiner Streik ein Verbrechen gegen das deutsche Volk bedeute. Hieraus ist ersichtlich, daß sich der Streik als eine erfolgreiche Waffe für die Ebert-Anhänger erweisen würde. Obgleich Führer der Revolution erklärt hatten, daß sie sich den Sozialisten und Arbeitern, welche plant

ben, daß sie Herren des Landes sind, nicht beugen und zu Gewalttätigkeiten greifen würden, um dem Streik ein Ende zu machen, so haben weder Kapp noch Rütowig geantwortet, diese Forderung auszuführen. Blutvergießen würde unausbleiblich gewesen sein, und das Land würde mit einem Bürgerkrieg zu rechnen gehabt haben. Radikale würden dann Gelegenheit gehabt haben, ihren Ideen mehr Eingang zu verschaffen. Dieses hat auch Ebert eingesehen, und Anzeichen liegen vor, daß ein Ausgleich zustande kommen wird.

Revolution nicht blank. So ganz ohne Blutvergießen hat sich die Revolution nicht zugetragen; in mehreren Städten kam es zu Kämpfen, und in den Vorstädten Berlins wurden mehrere Personen getötet. Die Untergrundbahn in Berlin, sowie die Straßenbahnen haben den Verkehr eingestellt. Die Wasserwerke sind wieder in Betrieb gesetzt; der Streik in den elektrischen und Gaswerken aber dauert noch an. Keine Zeitungen erschienen; nur Extrablätter des Lokalanzeiger sind erschienen, und diese bringen nur Nachrichten, welche der Kapp-Regierung genehm sind. Dem Lokalanzeiger zufolge sind die Reichswehrtruppen in vielen Städten zu der neuen Regierung übergegangen; nur in vereinzelten Fällen leisteten sie Widerstand.

Die deutsche Nationalpartei und die deutsche Volkspartei in Berlin haben sich gegen die Ebert-Regierung erklärt und haben an Kapp die Anforderung gerichtet, alle Parteien, die an dem Wiederaufbau Deutschlands tätig sein wollen, zu gemeinsamem Handeln aufzufordern. Seniorsmitglieder des preussischen Landtags werden dem Befehl zur Auflösung des Landtags nicht Folge leisten, haben sich jedoch nicht für oder gegen die neue Regierung erklärt.

Pommern und Schlesien gehen zu Kapp über. London, 16. März. — Es wird offiziell gemeldet, daß die Provinzen Pommern und Schlesien sich für die neue Regierung erklärt haben. Ostpreußen hat sich gleich bei Beginn der Revolution für Kapp erklärt.

Krawall in Berlin. London, 16. März. — Zwischen Soldaten und Streikern kam es heute in Berlin zu einem Zusammenstoß. Ein Soldat wurde getötet und eine Anzahl anderer Personen wurde verwundet.

Lloyd George über Revolution. London, 16. März. — Premier Lloyd George machte heute im britischen Unterhaus bekannt, daß die deutsche Revolutionäre sich in Besitz von 35 Städten gesetzt haben. Der Premier sagte, daß sich die Revolution schnell ausbreitet. In Breslau, Kiel, Leipzig und Chemnitz ist es zu Kämpfen gekommen.

In München ist ein militärischer Putsch ausgeführt worden. Lloyd George sagte ferner, die Regierung ist offiziell von Berlin in Kenntnis gesetzt worden, daß die Kapp-Regierung den Friedensbedingungen soweit wie möglich nachkommen werde. In Berlin herrschte gestern Ruhe. Außerhalb Berlins wird die neue Regierung noch nicht im weitgehenden Maßstab unterstützt.

Schnapsmarder plündern Zrenenanstalt. Ansoa, Minn., 15. März. — In der Zrenenanstalt muß es sich gelassen lassen. Vanditen plünderten heute die hiesige Zrenenanstalt und trugen 80 Fässer mit Spirituosen davon, und doch ist noch etwas übrig geblieben.

Neues Kabinet in Ungarn. Budapest, 16. März. — Alexander Simonyi-Seneden hat auf Veranlassung des Präsidenten Gorthy ein neues Kabinet gebildet. Er selbst wird als Premier und als Minister des Innern fungieren.

Staats-Department ohne Oberhaupt

Durftige Seelen können weder in Cuba, noch auf europäischen Dampfern Erziehung finden.

Washington, 16. März. — Zum ersten Male in der Geschichte der Vereinigten Staaten ist das Staatsdepartement ohne Spitze. Der zeitweilige Staatssekretär Holt, der nach dem Befehl des Präsidenten zurücktrat, trat gestern wieder in sein eigenes Amt als Unterstaatssekretär zurück und die Regierung der Verrückten Colby's durch den Senat läßt das Amt eines Staatssekretärs vakant. Bis das Amt wieder besetzt ist, kann niemand die Ver. Staaten verlassen, denn niemand ist da, die Ausreisepässe zu unterschreiben.

Der Generalanwalt hat den Präsidenten darüber unterrichtet, daß unter der Obermacht keine andere als die von den Präsidenten mit der provisorischen Führung der Geschäfte des Staatssekretärs betraut werden kann. Diese Akte sieht die Übertragung von Abtrittsbeschlüssen vor für die Kriegszeit vor. Das Justizamt ist der Ansicht, daß die Ver. Staaten sich augenblicklich nicht im Krieg befinden, trotzdem noch kein offizieller Friedensschluß mit Deutschland stattgefunden hat. Im letzten Herbst, als man die Ver. Staaten gegen die Ver. Staaten zur Anwendung bringen wollte, war man entgegengesetzter Ansicht.

Der Präsident soll sich mit der Absicht getragen haben, die Funktionen des Staatssekretärs provisorisch für auswärtige Angelegenheiten für die Ver. Staaten zu übernehmen. Die Möglichkeit ist da, daß für einige Zeit kein Staatssekretär vorhanden sein wird. Mittlerweile müssen die Walfahrten der Durrstigen nach Cuba und die Reisen nach Europa eingestellt werden.

General Wood in Minnesota voraus

St. Paul, Minn., 16. März. — Generalmajor Leonard Wood ist nach den unvollständigen Wahlergebnissen der Präsidentschaftswahlen von Minnesota seinen beiden Mitbewerbern Gov. Lomden, Gil, und Senator Johnson, Cal., weit voraus. Diese Abstimmung war die erste Kraftprobe der republikanischen Kandidaten im Westen. Schneestürme im Staat verzögern das Eingehen der Nachrichten. St. Paul und Minneapolis gaben Wood große Mehrheiten, und die Wahlen in zerstreuten Landstrichen zeigen, daß Wood Vorzugskandidat ist. Lomden und Johnson haben bisher fast gleichviele Stimmen erhalten.

Nord-Griechen stimmen für Dänemark

Kopenhagen, 16. März. — Von 4 Wahlbezirken in Mittel-Schleswig haben die Ergebnisse der Abstimmung noch aus. Bis jetzt haben nur drei Bezirke sich für Anschluss an Dänemark entschieden, dies sind Götting, Segeburg und Uterum. (Diese drei Bezirke liegen im westlichen Teil der Insel Föhr, der unter dem Namen Vesterland führt, nebst der Insel Amrum, und einige Gegenden nördlich von Lomden seit 1400 aus dem Staatsverband des Herzogtums Schleswig herausgerissen und dem Königreich Dänemark einverleibt worden war.)

Süd-Slawen müssen aus Radkersburg heraus

Paris, 16. März. — Auf Forderung der britischen Delegaten beschloß der Vorkongress, daß die Regierung in Belgrad von neuem aufzufordern, Radkersburg, 37 Meilen südöstlich von Graz, zu räumen. Trotz der gegenwärtigen Entscheidung der Friedenskonferenz halten die Süd-Slawen diese Stadt immer noch besetzt.

Landstädte in Iowa wachsen

Washington, 16. März. — Nach den vom Zensusbüro veröffentlichten Ergebnissen der letzten Volkszählung hat die Stadt Creston, Ia., 8,084 Einwohner. Dies ist eine Zunahme von 1.110 oder 16 Prozent seit 1910. Shenandoah, Iowa, zeigt mit 5,255 Einwohner eine Zunahme von 270 oder 5,6 Prozent.

An unsere Leser!

Wir müssen unsere Leser ermahnen, mit uns Rücksicht über zu nehmen, daß die Zeitung gestern in einigen Teilen der Stadt sehr spät und in anderen gar nicht erschien. Durch den Unfall der Nebraska Power Co. waren alle unsere Maschinen außer Betrieb gesetzt, und nur der Freundschaft der Omaha & Council Bluffs Street Railway Company, die eine provisorische Kraftverbindung herstellte, haben wir es zu verdanken, daß wir um 6 Uhr den Druck der Zeitung fortsetzen konnten.

Die Geschäftsleitung der „Omaha Täg. Tribune.“

Gas-Explosion zerstört elektrische Leitung

Tageblätter am Erscheinen verhindert; Theater, Polizeistation und Läden außer Betrieb. Eine Gas-Explosion in einem Mannloch der Nebraska Power Co. an der 9. und Jones Straße, durch welches alle Kabel gehen, die dem Geschäftsviertel von Omaha die elektrische Kraft zuführen, verursachte ein nicht unerträgliches Feuer und legte alle Theater, Polizeistation und eine große Anzahl von Geschäften völlig lahm. Die Omaha Tribune und andere Zeitungen, die ihre Schreibmaschinen und Pressen mit elektrischer Kraft von der Nebraska Power Company betreiben, haben sich gezwungen, den Betrieb einzustellen. Ebenso schlossen waren die Theater daran. Mit Ausnahme des Brandeis und Empire Theaters mußten in allen die Nachmittags- und Abendvorstellungen ausfallen. In den Läden der Stadt, die Brandeis Stores allein ausgenommen, machten Kunden und Bedienung die Erfahrung, wie man in Großstädten bei derartigen Unfällen einfallen. Fast alle öffentliche Gebäude waren ebenfalls in Dunkelheit. In den Nebenabteilungen der Stadt gelang es, im Laufe des Abends die meisten Straßen der Leitung wieder in Betrieb zu setzen. Doch war erst heute morgen um 1 Uhr aller Schaden ausgebessert. Die Gasexplosion wurde dadurch verursacht, daß durch einen Röhrenbruch Gas entströmte, das die Company einengelte, bis sie den Druck gefunden haben würde. Durch unbedachte Umstände wurde dieses Gas entzündet und explodierte mit furchtbarer Gewalt. Das Straßenplaster in der Nähe der 9. und Jones Straße wurde zerstört und die großen Umfassungsmauern der Power Co. in die Luft geflogen.

Millerand will Amerika als Freund

Paris, 16. März. — Premierminister Millerand hat nachdrücklich Erklärung abgegeben: „Frankreich und Amerika müssen die freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen beiden Ländern bestehen, aufrecht erhalten; auch nicht das geringste Mißverständnis darf die Freundschaft trüben. Je eher die folgenden Ausflüge aus dem Wege geräumt werden, desto besser. Wir erlauben nicht um Konzessionierung unserer Schulden; wir erlauben nur um Zeit, um etwas Atem zu schöpfen und uns von dem Kriege zu erholen.“

Nahrung für die hungernden Europäer

Washington, 16. März. — Das Abgeordnetenhause hat mit großer Mehrheit eine Bill angenommen, welcher zufolge der United States Grain Corporation gestattet wird, 5,000,000 Fuß weiches Weizen gegen auszubehalten Kredit an Polen, Oesterreich und Armenien zu verkaufen.

Bayne legt den Amtseid ab

Washington, 16. März. — John Bayton Bayne, der an Stelle des von seinem Posten zurückgetretenen Frank A. Kane zum Sekretär des Innenministeriums ernannt und beauftragt worden ist, hat gestern seinen Amtseid abgelegt.

Die türkische Friedensdelegation

Konstantinopel, 16. März. — Die Regierung hat eine neue türkische Friedensdelegation ernannt, an deren Spitze Zevki Balgo steht.

Der Handel zwischen Deutschen und Polen

Zum Kerger der Franzosen berät gemeinshaftliche Wirtschaftskommission in Warschau.

Berlin, 16. März. — Frankreich hat schon seit dem Waffenstillstand versucht, in dem neuen Polenreich festen Fuß zu fassen, und alle, den Polen besonders günstige Bestimmungen im Friedensverträge stammten von französischen Diplomaten. Der Zweck war leicht erkennbar: es sollten sich politische Fäden von Warschau nach Paris spinnen, damit Deutschland im Osten stets mit einem mächtigen Gegner zu rechnen habe, und daneben sollte auch die französische Volkswirtschaft in Polen Vorteile erzielen. Was letzteres Zweck anbelangt, wird er augenblicklich nicht erreicht, denn Frankreich kann, wenn nicht aus anderen, so doch aus geographischen Gründen im Wirtschaftsleben des neuen Staates nicht jene Rolle spielen wie Deutschland kann und der natürlichen Entwicklung der Dinge nach auch. Sowohl in Warschau wie in Berlin weiß man dies und man sieht auch schon, daß beide Länder die Konsequenz aus den Verhältnissen ziehen. Die deutsche Regierung hat nämlich jetzt im Einverständnis mit der polnischen eine wirtschaftliche Kommission ernannt, die sich nach Warschau begibt, um Handel- und Industriefragen, die beide Länder gleichmäßig betreffen, zu besprechen. Welche Bedeutung dieser Mission beigemessen wird, geht daraus hervor, daß der hiesige Minister Walther Rathenau ist, einer der hervorragendsten Industriellen Deutschlands und ein brillanter Publizist. Gleichzeitig ist in der Person des Grafen Oberdorff ein Geschäftsträger für Polen gefunden worden.

Die „Verfreiten“

Infolge der bevorstehenden Leichenbestattung hat eine gewaltige Furchung zwischen Tschechen und Polen eingeleitet, die auch ihren Bestand im tschecho-polnischen Parlament gefunden hat. Es wurden dort heftige Reden gegen die früher so geschätzten „slowakischen Brüder“ gehalten.

Ein Milliarden-Umsatz

Als ein höchst erfreuliches Zeichen wird der große Erfolg der Leipziger Messe angesehen, auf der ein Umsatz von einer Milliarde Mark erzielt wurde. Bekanntlich eine Spezialität des Leipziger Messes, erzielte Preise, die sich, trotz des Palata-Crises, mit denen im Ausland messen können und einige Artikel flegel sogar über die Welt-Preise hinaus.

Not im Erzgebirge

Die Not im tschechischen Erzgebirge ähmt der in Wien. Es werden jetzt allenthalben Sammlungen für die Bewohner, die schon in gewöhnlichen Zeiten nur ein karges Leben fristen, eingeleitet.

Nach schärfster scheint die Not der Zeit Dmützig gebockt zu haben, als manche andere Städte. Es sind in den letzten Tagen wegen Mangel an Brot schwere Unruhen dort vorgekommen und es wurden manche Geschäfte geplündert.

„Słowak“ gegen Hindenburg

Selbst die „Kölnische Zeitung“ behauptet die Verfreiten, den Generalfeldmarschall v. Hindenburg zum Reichspräsidenten zu machen. Sie erklärt, obwohl Gründe der äußeren Lage der inneren Politik liegen die Kandidatur nicht angebracht erscheinen.

Neue Jesuiten-Niederlassung

Im Kurhotel auf der Rottmannshöhe am Starnberger See haben die Jesuiten eine neue Niederlassung gegründet. Sie wird von ihnen offiziell „Erziehungsanstalt“ bezeichnet.

Die Kreiserversöhnung

An die tschechischen Kreiserversöhnung in Deutschen Reiche man zunächst die Antinomie erwägen, daß von Beginn des nächsten Monats ab, alle Post- und Telegraphenleitungen einen Anschlag von 50 bis 100 Prozent erfahren werden. Die Stickstoff-Industrie, die auf dem besten Wege ist, den ganzen in Deutschland bei der Dünung gebräuchlich Stickstoff aus der Luft zu erntmen, hat ebenfalls einen Kreiserversöhnung angekündigt.

Kompromiß zu Artikel 10 scheitert

Die neuen republikanischen Einwände gegen denselben mit 56 gegen 25 Stimmen angenommen; Schicksal des Vertrags besiegelt

Die Schluß-Abstimmung dürfte Freitag erfolgen

Washington, 16. März. (United Press.) Die Bemühungen für einen Kompromiß über die Bestimmungen des Artikel 10 sind als vollständig gescheitert anzusehen, da der Senat die neuen republikanischen Einwände gegen denselben gestern nachmittag mit 56 gegen 26 Stimmen annahm. Durch diesen Schritt wird das Schicksal des Vertrags dem toten Punkt in der Schlußabstimmung vergrößert, aber selbst vom Weihen Haus die Kunde ergangen ist, daß dem Präsidenten der Vorbehalt ebenso wenig genehm sei, als der andere, haben die Führer der Regierungspartei keine Furcht, daß ihre Reihen bis zum kritischen Punkt zusammenstürzen werden. Der neue Vorbehalt sieht sich nach Form und Inhalt ziemlich genau an dem Einwand vom letzten November an. Mit dem Artikel 10 sind die 14 Punkte erledigt, in denen der Senat den Vertrag für reviditionsbedürftig hielt. Nach der Annahme des republikanischen Vorbehalts zum Artikel 10

sprachen die Führer der Regierung mehrheit die Ansicht aus, daß selbst im Falle einer Ratifikation durch den Senat der Präsident die Anerkennung des Vertrags verweigern und der Vertrag scheitern würde. Für die Schlußabstimmung geben die Einwände unter den Republikanern zu, daß ihnen von drei bis acht Stimmen zur Ratifikation fehlen werden. Vorher, der Führer der „Unversöhnlichen“, behauptet, daß 33 Stimmen gegen die Ratifikation abgegeben werden, fünf mehr als zur Niederlage des Vertrags erforderlich sind. Auch Lodge hat vertraulich mitgeteilt, daß er eine Vermerkung des Vertrags voraussetzt. Hitchcock ist gleicher Ansicht. Die Schlußabstimmung wird für Freitag erwartet. Der Senat hat heute die Besprechung von untergeordneten Bestimmungen zu den Einwänden auf die Tagesordnung gesetzt.

Staat-Konvention der Republikaner, 18. Mai

Lincoln, Nebr., 16. März. — M. R. Leaned, Vorsitzender des republikanischen Staatskomitees, hat die republikanische Staatskonvention für den 18. Mai nach dem Stadt-auditorium in Lincoln einberufen, um die Plattform zu entwerfen, die die Wahlmänner für die Präsidentenwahl zu ernennen. Die Partei wird durch 811 Delegaten, Douglas County durch 63 Delegaten, vertreten sein. Die Countykonvention werden angehalten, sich gleich nach den Vorarbeiten zu versammeln, damit die Countykommissionen dem Staatskomitee rechtzeitig einberichtet werden können.

Pershing's Name auf dem Wahzettel

Falls nominiert, wird er die Kandidatur für die Präsidentschaft annehmen.

Zwischen Polen und Tschechen droht Krieg

Wien, 16. März. — In dem Volksabstimmungsgebiet von Teschen ist von den Vertretern der Allierten das Kriegsverbot erklärt worden, das zwischen den Polen und Tschechen wiederholte Zusammenstöße vorgekommen sind. In Prag hat Franz Tomasek, Präsident der tschecho-polnischen Nationalversammlung, erklärt, es sei ganz offenbar, daß Polen eine kriegerische Lösung der Teschenfrage herbeizuführen wünsche.

Ergebnisse der deutschen Volkszählung

Berlin, 16. März. — Die Ergebnisse der beiden Volkszählungen im Kriege vom 1. Dezember 1916 und 5. Dezember 1917 liegen jetzt vor. Die ortsanwesende Zivilbevölkerung betrug im Deutschen Reich am 1. Dezember 1916 insgesamt 58,589,415. Bis zum 5. Dezember 1917 fiel diese Zahl wegen der steigenden Einziehung zum Heere auf 55,267,206, was sich deutlich am Anteil der Geschlechter bei diesen Zahlen zeigt. 1916 wurden noch 23,776,000 Männer gezählt, 1917 nur noch 23,408,589. Die weiblichen Personen haben sich in dieser Zeit vermehrt. Ihre Zahl stieg von 34,762,655 auf 34,858,667. Preußen hatte 1917 eine Zivilbevölkerung von 36,672,476, Bayern 6,166,403, Sachsen 4,085,756, Württemberg 2,202,488, Baden 1,882,925, Hessen 1,127,305, Mecklenburg 589,761, Braunschweig 422,282, Hamburg 872,854, Bremen 267,849.

Der Staat New Jersey vor dem Obergericht

Washington, 15. März. — Das Obergericht gewährte das Gesuch New Jersey's, in dem höchsten Gerichtshof eine Klage gegen das Prohibitionsgesetz einzureichen. Oberichter White hat die Regierung und den Staat New Jersey ermahnt, sich mit den Argumenten zu belegen, die die Klage Rhode Islands nicht vor der Vermeidung dieses Falles entziehen werden kann. Daher ist auf Antrag der Regierung der 29. März für die Verhandlungen festgesetzt. Verschiedene neue Klagen gegen die Prohibition werden vorbereitet.

Debs tritt in den Wahlkampf ein

Atlanta, Ga., 15. März. — Eugene W. Debs, der sozialistische Führer, der jetzt ein Inhafteter des hiesigen Bundesgefängnisses ist, hat seine Einwilligung gegeben, daß sein Name als Präsidentschaftskandidat für die Vorwahlen in Michigan gebraucht werden kann.

Schwerer Sturm in McCook, Nebr.

McCook, Nebr., 17. März. — Sonntag nacht und Montag wurden McCook und Umgebung von einem schweren Sturm heimgesucht, der eine Geschwindigkeit von 60 Meilen die Stunde einhielt. Ein Sagar, in welchem erst kürzlich ein G. E. Brumley gehöriger Aeroplan untergebracht war, wurde von der Gewalt des Sturmes umgeworfen, und der Aeroplan zerstört. Fünf Schaulen wurden zertrümmert. Der an Häusern angerichtete Schaden ist erheblich.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgebung — Teilweise bewölkt heute nacht und Mittwoch; kälter heute nacht.

Für Nebraska — Ziehende Bewölkung mit wahrscheinlich folgendem Schneeeinbruch am Mittwoch und im westlichen Teil heute nacht, im Osten und zentralen Teil heute nacht.

Für Iowa — Im allgemeinen schon heute nacht und Mittwoch, im westlichen Teil heute nacht, im westlichen Teil heute nacht und im östlichen und zentralen Teil am Mittwoch.